

# StandPunkte

## Energie und Politik



## Energiewende: Die Suche nach neuen Konzepten

eine Publikation von

**DOEBLER PR**  
BERLIN

Agentur für Kommunikation & Politik

## Editorial

In Folge des Laufzeitmoratoriums hat die Bundesregierung einen Sechs-Punkte-Plan für eine Energiewende beschlossen. Dieser wurde von den Bundesministern Rainer Brüderle und Norbert Röttgen eingebracht. Der Plan umreißt die Umsetzung der Energiewende hin zu erneuerbaren Energien. Bund und Länder trafen sich zu einem Energiegipfel. Wie der Ausstieg aus der Kernkraft gestaltet werden soll, gehört zu einer der vielen weiterhin offenen Fragen, die sich nach dem Gipfel stellen. Als Ergebnis bleibt letzten Endes eigentlich nur die Aussage von Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass der Atomausstieg schnell umgesetzt werden sollte.

Im April hat darüber hinaus die von Merkel eingesetzte Ethikkommission zur Energiewende ihre Arbeit aufgenommen. Sie hat zum Ziel, einen normativen Rahmen für den Ausstieg aus der Kernenergie zu erarbeiten und wird ihre Ergebnisse Ende Mai vorstellen.

Die Bundesregierung hat zudem beschlossen, die Technologie zur Speicherung von CO<sub>2</sub> bis 2017 zu testen. Kritik an diesem Beschluss kommt von vielen Seiten. Fest steht, dass die Technologie hohe Kosten verursacht, die Effizienz der Kraftwerke massiv einschränkt und bislang noch nicht ausgereift ist. Hinzu kommen Fragen nach den Risiken für Mensch und Umwelt. Ebenso sehen Befürworter der Geothermie die Gefahr einer Verdrängung von Projekten mit Erdwärme, da die Speicherung von CO<sub>2</sub> und Geothermie sich gegenseitig ausschließen. Durch die bevorstehende Energiewende sehen sich zwar die erneuerbaren Energien gestärkt, allerdings ist wenig Konkretes bisher vereinbart worden. Die Ereignisse in Fukushima sind medial zwar in den Hintergrund getreten, die Auswirkungen bleiben aber in den politischen Ereignissen rund um die Diskussion eines möglichen Atomausstiegs präsent. Daher wird der Umbau der Energiepolitik in nächster Zeit weiterhin ein zentraler Bestandteil in der politischen Debatte bleiben. Trends der aktuellen Energiepolitik sind daher auch Schwerpunkt dieser Ausgabe.

Eine angenehme Lektüre wünscht Ihnen

Christine Döbler



Chefredakteurin



Inhaltsverzeichnis	2
Editorial	2
Energie International	3
Kernkraft in den USA: Neuste Umfrageergebnisse lassen eine Kehrtwende erkennen	3
Google setzt auf grüne Energie und Energieeffizienz	3
In England wächst Kritik an Atomkraft	3
Innovative Technologie im Bereich Windkraft	4
Windparks im Meer	4
Energie und Europa	5
EU stellt Plan zum Verkehr im Jahr 2050 vor	5
EU hält Lebensmittel aus Japan für sicher	5
Lebensläufe und Energie	6
Energie und Politik	7
Sechs-Punkte-Plan für die Energiewende	7
Sanierung: Pläne zur Kostenweitergabe an den Mieter	7
Energiegipfel ohne konkrete Ergebnisse	7
Regierung will gesellschaftlichen Konsens für die Energiewende	8
Energiekonzerne stoppen Zahlung in den Ökofonds	8
Kommentar zum CCS-Gesetzesentwurf der Bundesregierung	9
Energie und Markt	10
Mehr Arbeitsplätze durch erneuerbare Energien	10
CO <sub>2</sub> -freie Energiegewinnung durch Geothermie	10
Trotz großem Interesse: Ökostrom verunsichert Verbraucher	10
RWE bietet Kunden Strom-Preisgarantie an	11
Impressum	11
Die aktuelle Studie	12
Vier Milliarden Euro Investitionen in Fertigungskapazitäten	12
Windstrom deutlich ergiebiger als Kernkraft	12
Energie und Bildung	13
Energie und Recht	14
Biosprit E10 - ADAC zeigt Mineralölkonzern an Bundesgerichtshof entscheidet zugunsten von Fernwärmekunden	14
Ökostromeinspeisung wird neu geregelt	14
Literatur	15

## Energie International

### Atomkraft in den USA: Neuste Umfrageergebnisse lassen eine Kehrtwende erkennen

Vor den dramatischen Vorfällen in Fukushima war bei Umfrageergebnissen das Gros der Amerikaner klar für die Energiegewinnung aus Atomkraft: Neuste Umfrageergebnisse stehen diesem Trend nun diametral entgegen. In der Zeit vor dem Debakel an der Ostküste Japans im März dieses Jahres war noch die Rede von einer nuklearen Renaissance in Amerika.

Das neue Civil Society Institute/OCR legt nun eine Kehrtwende im Empfinden der Amerikaner offen. Die eindeutige Mehrheit der amerikanischen Bürgerinnen und Bürger sprach sich in einer Umfrage dagegen aus, weiterhin seitens der Bundesstaaten Kreditgarantien zu vergeben, um weitere Atommeiler zu installieren. Das Unternehmen Gallup, welches Meinungsumfragen in Bezug auf Energiegewinnung aus Atomkraft durchführte, bestätigte, dass im Jahre 2010 die Befürworter nuklearer Energie bei 62% sehr hoch lagen. Dieses stellt das prozentual höchste Ergebnis seit einer ähnlichen Umfrage im Jahre 1994 dar. Gegenwärtig sprechen sich nur noch 44% der Befragten für nukleare Energiegewinnung aus. Ob dies allerdings ein langfristiger Trend ist, bleibt abzuwarten. (fe)

### Google setzt auf grüne Energie und Energieeffizienz

Zahlreichen Berichten zufolge scheint der in Kalifornien ansässige Suchmaschinenriese Google Inc. sich mit signifikanten Investitionssummen für grüne Energien stark zu machen. Zukünftig sollen auch weiterhin größere Investitionen in Solarenergie und Windkraftanlagen getätigt werden. Spekulationen zufolge kann dieser Schritt auch ein Engagement in Richtung einer Branche sein, in welcher sich Google zukünftig steigende Gewinne erhofft.

Angesichts der sinkenden Umsätze von Google Inc. kann man davon ausgehen, dass der Energie- und Energieeffizienzbereich neben dem Datenaustausch und dem Werbemarkt zu einem weiteren Standbein der Firma ausgebaut wird. Auch aus unternehmensstrategischen Erwägungen hat Google schon seit einiger Zeit ein besonderes Interesse an grüner Energie. William E. Wehl, der sogenannte „Zar der grünen Energie bei Google“, betonte auf einigen seiner Ansprachen auf IT-Kongressen die Tatsache, dass es Google Inc. gelungen sei, die Kosten für das Abkühlen seiner Rechner in Datenzentren um 85 Prozent zu senken. Wehl betont des Weiteren, dass Software eine essenzielle Rolle beim Reduzieren des Energieverbrauchs spiele. Die Effizienz der



Software habe in einem proportional sinnvollen Verhältnis zu der Rechnerleistung zu stehen, so Wehl. Es werden in dieser Hinsicht beträchtliche Summen investiert, um dieses Effizienz-Energieverbrauch-Verhältnis zu gewährleisten. Zudem investierte Google Inc. in Sheppards Flat in Arlington (US-Bundesstaat Oregon) 100 Mio. US Dollar. Auch im Bereich Solarthermie setzt Google auf grünen Fortschritt und investierte 168 Mio. US Dollar in Ivana in der Mojave Wüste. Ankündigungen zufolge soll es im Bundesland Brandenburg zu einer Beteiligung an einer großen Photovoltaikanlage kommen. Die Firma ist folglich auf dem Wege, sich auch im Bereich der erneuerbaren Energien nachhaltig einen Namen zu machen. (fe)

### Im Osten Englands wächst Kritik an Atomkraft

Seit den desaströsen Vorkommnissen in Fukushima, Japan, steigt die Kritik an Atomkraft auch in England. EDF Energy, einer der führenden Betreiber von Atomkraftwerken in England und Betreiber des AKW in Sizewell, Suffolk, ist seitdem wachsender Kritik ausgesetzt und nun besonders bestrebt, darzulegen, dass eine solche Katastrophe bei seinem Suffolker AKW ausgeschlossen sei. In Suffolk würden vier separate Dieselgeneratoren betrieben, welche bei Stromausfällen genutzt werden könnten. Die Bürgerinitiative Stop Nuclear Power UK stellte fest, dass der Radius der Sicherheitszone um den Reaktor, welcher bei einer etwaigen Katastrophe zum Tragen käme, zu gering sei. Dieser betrage, so Mell Harrison von Stop Nuclear Power UK, lediglich 30 Kilometer. In den USA hingegen betrage dieser Radius 80 Kilometer. Nun nimmt die Kritik an AKW wie dem in Sizewell stark zu.

Andy Spurr, Managing Director bei EDF, dem Betreiber des AKW in Sizewell, Suffolk, versicherte, dass, nachdem in Sizewell einer der Reaktoren vor einigen Monaten aus Sicherheitsgründen abgeschaltet werden musste und vor sieben Monaten wieder in Betrieb genommen wurde, die Protokolle der Sicherheitsinspektoren gründlich geprüft würden und man aus den vergangenen Erfahrungen lernen würde. Die Kritik an EDFs Festhalten am AKW steigt unterdessen kontinuierlich. Zwar beteiligten sich an Bürgerprotesten weniger Personen als in Deutschland, allerdings wird hier, über die Klage eines Bürgers vor dem High Court, auch mit rechtlichen Mitteln gestritten.

## Energie International

Kernkraft spielt seit 50 Jahren im britischen Energiemix eine bedeutende Rolle. Während 1990 etwa 30 Prozent der Energieerzeugung aus der Kernkraft stammte, ging der Anteil der Kernkraft am Stromverbrauch auf 18 Prozent zurück, weil veraltete Kraftwerke vom Netz genommen wurden. In Großbritannien werden derzeit 19 KKW betrieben. Großbritannien will an der Kernkraft festhalten, die eine bedeutende Rolle im Energiemix spielen soll – gemeinsam mit erneuerbaren Energien und der Carbon Capture and Storage Technologie CCS. Die Regierung bekennt sich zu dem Ziel, alle „unnötigen Hindernisse für Investitionen in die Kernkraft aus dem Weg zu räumen.“

Die Energiebranche plant derzeit Investitionen in Höhe von 40 Mrd. Euro für die Errichtung von 16 GW über neue KKW. EDF beabsichtigt den Bau vier neuer ERP Reaktoren mit einer Leistung von 6,4 GW in Hinkley Point and Sizewell. Die Horizon Nuclear Power (ein Joint Venture von RWE und E.ON) will mindestens 6 GW neuer Kapazitäten bei Wylfa und Oldbury aufbauen und NuGeneration, ein Consortium der GDF SUEZ SA, Iberdrola SA sowie der Scottish and Southern Energy Plc veröffentlichte Pläne, neue Kapazitäten von bis zu 3.6 GW in Sellafield zu errichten. (fe/cd)

### Innovative Technologie im Bereich Windkraft: Schwimmende Windkraftanlagen

In den letzten Jahren ist die Idee der schwimmenden Windkraftanlage vom innovativen Gedanken in Richtung einer lukrativen Energieerzeugung avanciert.

Schwimmende Windkraftanlagen können in Tiefen von 120 bis 700 Metern verwendet werden. Dieses stellt einen essentiellen Vorteil gegenüber herkömmlichen Windkraftanlagen dar. Bislang war ein direkt mit dem Meeresgrund verbundenes Fundament vonnöten. Somit schieden bestimmte Küstenregionen auf Grund ihrer Tiefe für die Energiegewinnung durch Windkraft aus.

Der Anspruch bei diesem innovativen Ansatz ist zunächst, diese Art der Energiegewinnung kosteneffizient zu gestalten. Sjur Bratland, Projektmanager bei der norwegischen Firma Hywind, stellt in diesem Zusammenhang fest, dass er keinen Grund sehe, warum schwimmende Windkraftanlagen in Zukunft nicht kostenmäßig konkurrenzfähig sein sollten.

Die Firma Hywind, die niederländische Firma Blue H, die US Amerikanische Firma WindFloat oder das deutsche Fraunhofer Institut, welches das HiPRwind koordiniert, haben nun begonnen Langzeitstudien zur Weiterentwicklung dieses besonderen Ansatzes in der Windkraft Energiegewinnung durchzuführen. (fe)

### Windparks im Meer

Der indische Windradhersteller Suzlon Energy setzt auf Globalisierung. Wie Tulsi Tanti, Chef von Suzlon Energy, in einem Interview mit dem Hamburger Nachrichtenmagazin Spiegel feststellte, sei der deutsche Markt für ihn hochinteressant. Tanti stellte fest, man solle vielmehr die Tatsache anerkennen, dass in Asien kostengünstig produziert werden könne. Aus Industrieländern wie Deutschland kämen hingegen die technologische Expertise und Fachkenntnis. Hinsichtlich einer globalisierten Weltwirtschaft bemerkte Tanti, stecke Deutschland noch in den Kinderschuhen. Um zu gewährleisten, dass der deutsche Markt weiterhin wächst, so Tanti, müsse die Gesetzgebung offener und weniger bürokratisch sein. In diesem Zusammenhang kritisierte Tanti den eingeschränkten Handlungsrahmen beim Einstieg indischer Firmen im deutschen Markt. Umgekehrt verhielte es sich etwa bei deutschen Firmen, welche sich in indische Konzerne einkauften. Hier gäbe es deutlich mehr Flexibilität bezüglich der Beherrschungsrechte. Tanti richtete sich in einem Appell an die deutsche Regierung und betonte die Relevanz einer offeneren Haltung bei dem Beherrschungsrecht.

Suzlon Energy ist eines der weltweit führenden Unternehmen im Bereich der Windradherstellung. Die Firma engagiert sich maßgeblich in groß angelegten Windparkprojekten, welche bis zu 40 Kilometer vor der deutschen Küste bei bis zu 50 Metern Tiefe installiert worden sind. Tanti unterstrich die Notwendigkeit eines Energiemixes aus Windkraft und Solarenergie und gab zu bedenken, dass auch Kernkraft Teil dieses Mixes sein müsse. Er zeigte sich zuversichtlich bei der zukünftigen Entwicklung seiner Off-Shore Projekte und betonte, dass der internationale Markt ins besondere von Ländern, wie China, die auf dem heimischen Markt den eigenen Firmen alle Möglichkeiten eröffnen, lernen könnte. Wenn es um internationale Konkurrenzfähigkeit ginge, so Tanti, solle Deutschland in dieser Hinsicht mit besserer Technologie brillieren, nicht aber mit niedrigeren Preisen. (fe)

## Energie und Europa

### EU stellt Plan zum Verkehr im Jahr 2050 vor

Mit dem „Weißbuch Verkehr 2050“ stellte die Europäische Kommission Ende März ihre Pläne für den Verkehr in der Europäischen Union im Jahr 2050 vor. Ziel ist es demnach, die Abhängigkeit von Ölimporten drastisch zu senken und den Ausstoß von CO<sub>2</sub> im Verkehr um 60 Prozent zu reduzieren. Im Kern sehen die Pläne die Verlagerung eines großen Teils des Verkehrs von der Straße auf Schiene und Wasser vor. Trotz einer Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen soll die Mobilität nicht eingeschränkt, sondern ausgeweitet werden. „Die Einschränkung der Mobilität ist keine Option, ebenso wenig, wie alles beim Alten zu belassen“, sagte EU-Verkehrskommissar Siim Kallas. Technischer Fortschritt und eine Veränderung der Verkehrsinfrastruktur sollen helfen, die Ziele zu verwirklichen.

So soll bis zum Jahr 2050 mindestens die Hälfte der Personenbeförderung bei Entfernungen von über 300 Kilometern sowie der Großteil des Güterverkehrs auf die Schienen verlagert werden. Nach Berechnungen der Kommission zufolge sind für den Bau der notwendigen Verkehrsinfrastruktur Investitionen von 550 Milliarden Euro notwendig. Die Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen hofft die EU durch die Weiterentwicklung im Bereich der Motorentechnik und Kraftstoffe erreichen zu können. Luft- und Schifffahrt sollen mit Hilfe emissionsarmer Treibstoffe ebenso einen Beitrag leisten, wie Autos mit alternativen Antriebstechnologien. Bis zum Jahr 2050 sollen PKW mit konventionellen Motoren ganz aus den Städten verschwinden. Neben den Veränderungen in den Bereichen Infrastruktur und Technologie rechnet die EU-Kommission mit Einsparungen durch eine veränderte Mobilität der Menschen. Demnach wird der Individualverkehr in Zukunft zunehmend durch Mobilitätsmodelle, wie beispielsweise Carsharing ersetzt. Der Automobilhersteller Daimler ist mit seinem Modell „Car2Go“ bereits erfolgreich auf diesem Gebiet aktiv und auch BMW möchte mit „DriveNow“ noch in diesem Jahr Mietfahrzeuge zur Kurzzeitnutzung anbieten.

Mit dem „Weißbuch Verkehr 2050“ verlässt sich die EU-Kommission weitgehend auf die Entwicklung neuer emissionsparender Technologien in der Zukunft, um CO<sub>2</sub> im Verkehr einzusparen. Klare Aussagen über konkrete Schritte werden vermieden. Ebenfalls unklar ist, wer für die immensen Investitionskosten für den Ausbau der Infrastruktur aufkommen soll. (sh)



### EU hält Lebensmittel aus Japan für sicher

Nach der Auswertung zahlreicher Stichproben aus verschiedenen europäischen Ländern kommt die Europäische Union zu dem Schluss, dass der Verzehr von aus Japan importierten Lebensmitteln unbedenklich ist. Einem Bericht zufolge waren die untersuchten Proben nur sehr schwach radioaktiv belastet. Dies berichtete das Nachrichtenmagazin SPIEGEL ONLINE, dem das interne Papier vorliegen soll. Demnach hatten sechs europäische Länder seit der schweren Atomkatastrophe in Fukushima regelmäßig Messwerte erhoben. Überschritten wurden die Grenzen für radioaktive Substanzen dabei nie; die Werte blieben stets weit unter den erlaubten Grenzwerten für Jod 131, Cäsium 134 und Cäsium 137.

Jedoch sorgten in den vergangenen Wochen zwei EU-Verordnungen für Unklarheit über die erlaubte Höchstmenge an radioaktiver Belastung. Zum einen sieht eine zuletzt im Jahr 2008 angepasste Verordnung vor, dass landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Ländern außerhalb der EU nicht eingeführt werden dürfen, wenn diese eine zu hohe Radioaktivität von Cäsium 134 und Cäsium 137 aufweisen. Diese Regelung wurde nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl eingeführt und seither immer wieder erweitert und verändert. Um auf zukünftige Katastrophen dieser Art schneller reagieren zu können, wurde von der EU zudem eine weitere Verordnung erlassen. Sie gilt für nukleare Notfälle und erlaubt die Anhebung der Grenzwerte der radioaktiven Belastung für Lebensmittel, um „die Ernährung der Bevölkerung sicherstellen zu können“. Eben jenen Notfall sah die EU in der Katastrophe von Fukushima, weshalb die Grenzwerte Anfang April, gemäß der Verordnung, angehoben wurden.

Dieser Schritt sorgte jedoch für mehr Verwirrung, als Klarheit bei den Verbrauchern, denn die EU passte die Grenzwerte an, ohne die Bevölkerungen in den Mitgliedsländern zu informieren. Erst die Organisation Foodwatch brachte den Vorgang an die Öffentlichkeit. Warum Brüssel in den Vorkommnissen von Japan eine Notsituation für die europäische Nahrungsversorgung sieht, ist indes unklar. Verbraucherschützer sowie mehrere europäische Regierungen kritisierten das Handeln der EU, woraufhin diese ankündigte, die Grenzwerte in den kommenden Wochen zu überarbeiten und strengere Maßstäbe bei der Festlegung der Höchstwerte anzulegen. (sh)



## Lebensläufe und Energie



Neuer Präsident der Europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energien (Eurosolar) ist **Peter Droege**. Die europäische Delegiertenversammlung ernannte Droege am 2. April zum Nachfolger des im Oktober 2010 verstorbenen, langjährigen Präsidenten Hermann Scheer, welcher posthum zum Ehrenpräsidenten ernannt wurde.

Peter Droege ist Träger des europäischen Solarpreises und lehrt an der Universität Liechtenstein nachhaltigen Städtebau und Raumentwicklung. Mit seiner Forschung engagiert er sich für den energetischen Stadtumbau zur erneuerbaren Stadt, die urbane Energiewende und den Umbau zu einer 100 prozentig regenerativen Welt.



Zwei weitere Jahre im Amt bleibt der Präsident des Bundesverbandes WindEnergie e.V. (BWE) **Hermann Albers**. Ohne Gegenstimmen wurde er von der Delegiertenversammlung, die traditionell im Rahmen der Hannover Messe stattfand, wiedergewählt. Neben Albers wurden mit Sylvia Pilarsky-Grosch, Andreas Jesse und Irene Schnieder auch die anderen Mitglieder des bisherigen Präsidiums im Amt bestätigt.



**Alexander Kutz** ist neuer Vorstand bei der TelDaFax Holding AG. Kutz, der seit 2009 bei einer Schwesterfirma des Troisdorfer Unternehmens tätig ist, übernimmt als Chief Sales Officer (CSO) die Bereiche Vertrieb und Marketing.



Zum 1. August 2011 wird **Josef Hasler** neuer Vorstandsvorsitzender bei der Nürnberger N-Ergie AG. Er folgt damit Herbert Dombrowsky nach, der nach 22 Jahren Vorstandstätigkeit in den Ruhestand geht. Mit seiner Entscheidung folgte der Aufsichtsrat der Empfehlung Dombrowskys, der Hasler als seinen Nachfolger vorgeschlagen hatte. Josef Hasler ist derzeit als Geschäftsführer der Städtischen Werke sowie als Finanzvorstand der N-Ergie AG und Verkehrs-Aktiengesellschaft (VAG) tätig.



**Christoph Mura** bleibt für weitere drei Jahre Mitglied im Vorstand der European Energy Exchange AG (EEX). Der Aufsichtsrat des Leipziger Unternehmens bestellte Mura mit Wirkung zum 1. Januar 2012 erneut in den Vorstand der Börse. Er ist damit auch in den kommenden Jahren als Chief Operating Officer (COO) für die Bereiche Informationstechnologie, Organisation und Markt sowie bis auf Weiteres für die Bereiche Strategie und Recht zuständig. Darüber hinaus fungiert Mura seit März 2009 auch als Chief Operating Officer (COO) für die Clearinghaus European Commodity Clearing AG. Vor seinem Einstieg in die EEX Gruppe war Mura Alleinvorstand der boerse-stuttgart AG und Geschäftsführer der boerse-stuttgart Holding GmbH.



### IN EIGENER SACHE:

Sie bekleiden eine neue Position oder wechseln das Unternehmen? Sie haben eine neue Kollegin oder einen neuen Kollegen?

Wir freuen uns, wenn Sie uns informieren.

Als Berliner **Kommunikations-Agentur** sind wir spezialisiert auf die Themen **Umwelt, Energie, Forschung** und **innovative Unternehmen**.



Wir sorgen für Ihren öffentlichen Auftritt in der **Presse**, im **Rundfunk** und im **Internet**.

Unsere Leistungen reichen von der klassischen **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** und **Fachinformationen** über die **Konzeption Ihrer Kommunikationsstrategie**, **Online-Marketing** bis hin zu **Veranstaltungen**, interner Kommunikation und **Publikationen**. Gerne gestalten und schreiben wir Ihre **Werbeanzeigen**, **Unternehmensbroschüre**, **Flyer**, **Kundenmagazine**, sowie **eMail Newsletter**.

Und was können wir für Sie tun? Sprechen Sie uns an!

Doebler Public Relations | Agentur für Kommunikation und Politik  
Gormannstraße 14 | D-10119 Berlin  
Tel: +49 (0)30 6220 4690 | Fax: +49 (0)30 920 3722 05  
Email: cd@doebler-pr.de | Internet: www.doebler-pr.de

**DOEBLER PR**  
BERLIN



# Energie und Politik

## Sechs-Punkte-Plan für die Energiewende

Bundesminister Rainer Brüderle und Norbert Röttgen legten Anfang April einen Sechs-Punkte-Plan zur Energiewende vor. Der Plan umfasst unter anderem den Ausbau der Netze und Energiespeicher sowie die Steigerung der Energieeffizienz. Um die Grundversorgung zu gewährleisten, sollen außerdem flexible Kraftwerke schneller ausgebaut werden. Ebenso ist eine Neuausrichtung der Energieforschung vorgesehen. Auch die Bürger sollen transparenter beteiligt werden, um einen größeren Konsens bei dem Umbau der Energieversorgung zu erzielen.

Bei dem Ausbau von erneuerbaren Energien setzt die Regierung auch auf Windenergie, vor allem Offshore-Windparks. Diese machen es notwendig, die vorhandenen Stromnetze weiter auszubauen. Dabei ist eine „Stromautobahn“ von Nord nach Süd geplant, um auch die südlichen Bundesländer mit Windenergie versorgen zu können. Die Trasse steht aber noch vor zahlreichen Problemen. So werden voraussichtlich hohe Kosten anfallen. Zudem wehren sich teilweise die Bürger der betroffenen Regionen gegen den Bau, da dieser einen starken landschaftlichen Eingriff bedeutet.

Die genauen Kosten des Sechs-Punkte-Plans lässt die Bundesregierung noch offen. Fest steht aber, dass es sich um Beträge im Milliardenbereich handeln wird. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sagte gegenüber dem Tagesspiegel, sie gehe von jährlich 20 Milliarden Euro aus. Diese würden für die Erneuerung des bestehenden Kraftwerkparks sowie den Ausbau der Stromnetze und der erneuerbaren Energien benötigt. Demgegenüber stehen aber Schätzungen, dass sich zeitgleich der Stromverbrauch verringern wird, da die Energieeffizienz elektronischer Geräte steigen wird.

Viele Stadtwerke begrüßen den neuen Sechs-Punkte-Plan. Ihrer Ansicht nach wird die dezentrale Energieerzeugung in der Zukunft eine zentrale Rolle spielen, was es von der Regierung zu berücksichtigen gilt. Die Umstellung auf Gaskraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplung wird dabei die Basis der regionalen Energieerzeugung bilden. Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft sieht durch den Ausbau dezentraler Energieerzeugung auch eine Steigerung des Wettbewerbs auf dem Energiemarkt sowie die Möglichkeit einer Preisdämpfung durch Einsparungen beim Netzausbau. (rcm)



## Energetische Sanierungen: Neue Pläne zur Kostenweitergabe an den Mieter

Die Bundesregierung plant, energetische Gebäudesanierungen zu fördern und dafür weitere Anreize zu schaffen. Vermieter sollen die Möglichkeit erhalten, einen Teil der Sanierungskosten auf die Mieter umlegen zu können. Jetzt hat die Regierungskoalition ihre Pläne überarbeitet, so dass Mieter weniger drastische Mieterhöhungen zu befürchten haben.

Die Koalition hatte in ihrem Koalitionsvertrag verschiedene Änderungen im Mietrecht zum Nachteil der Mieter vorgesehen. Bundeskanzlerin Merkel hatte zunächst angekündigt, dass ein größerer Teil der Sanierungskosten auf die Mieter umgelegt werden könne. Außerdem solle die Möglichkeit einer Mietminderung während einer energetischen Sanierung eingeschränkt werden. Der abschließende Gesetzesentwurf wird noch in dieser Jahreshälfte vorgelegt werden.

Die Regierung hat jetzt beschlossen, dass Vermieter bis zu elf Prozent der Sanierungskosten auf den Mieter umlegen können. Das entspricht der schon jetzt möglichen Erhöhung der Miete. Der Financial Times Deutschland gegenüber sagte Bundesjustizministerin Leutheuser-Schnarrenberger, dass Vermieter schon heute nicht den gesamten Rahmen ausschöpfen könnten, da Mieterhöhungen in diesem Umfang auf dem Markt nicht umsetzbar seien. Außerdem könne ein Teil der erhöhten Kaltmiete durch die Energieeinsparungen ausgeglichen werden.

Auf Gebäude entfallen rund 30 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Das Energiekonzept der Bundesregierung sieht vor, 18 Millionen Häuser bis 2050 energetisch zu sanieren. Die Sanierungen sollen den Energieverbrauch von Gebäuden um 80 Prozent senken. Eine wichtige Rolle bei der Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden spielt dabei die Wärmedämmung. Die Regierung hat sich in ihrem Energiekonzept das Ziel gesetzt, bis 2020 den Wärmebedarf von Gebäuden um 20 Prozent zu senken. (rcm)

## Energiegipfel ohne konkrete Ergebnisse

Nach Beendigung des Energiegipfels von Bund und Ländern bleiben viele Fragen ungeklärt. Somit bleibt der Zeitpunkt des Ausstiegs aus der Kernenergie weiterhin offen. Ein Gesetzespaket zu den Laufzeiten der Kernkraftwerke soll jedoch bis Juni auf den Weg gebracht werden. Umweltschützer und Opposition äußerten sich enttäuscht. Bund und Länder einigten sich auf ein beschleunigtes Ge-

## Energie und Politik

setzungsverfahren. Am 6. Juni soll das Kabinett die Gesetzesentwürfe beschließen. Zwei Wochen später stimmt der Bundesrat, nach Beratung mit dem Bundestag, über den Gesetzesentwurf ab. Weiterhin offen bleibt die konkrete Gestaltung des Gesetzesentwurfs und dessen Bedeutung für die Laufzeiten der Kernkraftwerke. Ebenfalls herrscht Unklarheit über die Kosten der Energiewende. Rainer Brüderle sagte dem Deutschlandfunk, er gehe von ein bis zwei Milliarden Euro aus. Er stellte aber ebenfalls klar, dass dies noch keine belastbaren Zahlen seien. Kostenfaktoren stellten neben den Investitionen in erneuerbare Energien auch der Ausbau der Stromnetze und Energiespeicher dar. Zu dem Umfang eines Ausbaus der Stromnetze herrscht auch weiterhin Uneinigkeit. Bei einem Ausbau der dezentralen Energieversorgung würde sich beispielsweise die Notwendigkeit eines umfassenden Neubaus von Starkstromtrassen reduzieren.

Rainer Brüderle betonte die Bedeutung von Energiespeichertechnologien für die Energiewende. Die Bundesministerien für Wirtschaft, Technologie, für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie für Bildung und Forschung haben daher eine gemeinsame Initiative zur Förderung von Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet von Energiespeichertechnologien ins Leben gerufen. Die Förderinitiative soll einen Umfang von 200 Millionen Euro haben.

Vom Energiegipfel bleibt letztlich nur das Bekenntnis der Bundeskanzlerin, einen schnellen Atomausstieg zu wollen. Konkrete Aussagen zum Zeitrahmen und der Umsetzung fehlen aber weiterhin. (rcm)

### Bundesregierung will gesellschaftlichen Konsens für die Energiewende

Nach dem Beschluss des dreimonatigen Moratoriums zur Überprüfung der Sicherheit deutscher Kernkraftwerke, wurde von der Bundesregierung eine Ethikkommission eingesetzt. Diese hat zum Ziel, die Chancen und Risiken von Kernenergie zu diskutieren und normative Richtlinien für eine Energiewende zu erarbeiten. Anfang April hat die Kommission ihre Arbeit, unter Vorsitz des ehemaligen Bundesumweltministers Klaus Töpfer (CDU), aufgenommen. Ihr gehören verschiedene ehemalige Politiker, Wissenschaftler und Kirchenvertreter an.

Neben der Sicherheitsfrage von Atomkraft ist auch die ungelöste Endlagerfrage ein Thema. Ebenso soll diskutiert werden, ob eine Abschaltung deutscher Kernkraftwerke den Import von ausländischem Atomstrom notwendig macht. Bei der Frage nach der Energieversorgungssicher-

heit wird die Kommission auch zwischen den potenziellen Zielkonflikten, den Risiken der Kernkraftnutzung sowie den sozialen und gesellschaftlichen Kosten abwägen müssen. Die Empfehlungen der Ethikkommission sollen als Grundlage für einen breiten gesellschaftlichen Konsens und möglichst hohe Akzeptanz durch die Bürger dienen.

Die Bezahlbarkeit von Energie wird auch von Klaus Töpfer als wichtiges Thema der Diskussion angesehen. Gerade die Energieversorger warnen vor einem starken Preisanstieg von Energie, in Folge einer Stilllegung der Kernkraftwerke. Kritik an der Berufung der Ethikkommission und deren Sinnhaftigkeit kam hingegen aus Reihen der Opposition. Die SPD sieht diese als ein „hilfloses Instrument“ an. Claudia Roth (Bündnis 90/die Grünen) sagte gegenüber der Welt: „Mir ist nicht klar, was die Ethikkommission eigentlich machen soll.“

Die Ethikkommission wird ihre Ergebnisse am 27. Mai vorlegen. (rcm)

### Energiekonzerne stoppen Zahlungen in den Ökofonds

RWE, ENBW, Vattenfall sowie E.ON haben ihre Zahlungen in den Ökofonds eingestellt. Als Grund geben sie das dreimonatige Moratorium der Bundesregierung an, gegen das sie sich mittlerweile zusehends wehren. Mit dem Moratorium sehen die Konzerne die Grundlage für die monatlichen Zahlungen als nicht mehr gegeben an.



Der Ökofonds wurde zur Förderung regenerativer Energien angelegt und im Rahmen der im letzten Herbst beschlossenen Laufzeitverlängerung eingeführt. Die Energieversorger sollen als Gegenleistung in diesem und dem nächsten Jahr jeweils 300 Millionen Euro einzahlen. Daher sehen die

## Energie und Politik

vier großen Energieversorger ihren Schritt, die Zahlungen in den Fonds einzustellen, als logische Konsequenz an.

Die Regierung reagierte auf den Zahlungsstopp, indem sie bekannt gab, dass die finanziellen Auswirkungen des Moratoriums noch zu prüfen seien. Klarheit würde erst am Ende der Neuausrichtung der Energiepolitik bestehen. Am Ende des Moratoriums müssten dann gegebenenfalls auch die Vereinbarungen mit den Energieversorgern modifiziert werden. (rcm)

### Kommentar zum CCS-Gesetzesentwurf der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat einen Gesetzesentwurf zur Erforschung der Carbon Capture and Storage Technologie (CCS) beschlossen. Das CO<sub>2</sub>-Speicherverfahren soll demnach bis 2017 erprobt werden. Nach Bundesumweltminister Norbert Röttgen hat sich „Deutschland einer international beachteten Klimaschutzoption, die als Exportprodukt auch ökonomisch von großer Bedeutung sein kann“ geöffnet. Über eine großtechnische Nutzung solle aber erst entschieden werden, wenn sich die Technologie als unbedenklich herausgestellt habe.

Bei der CCS-Technologie wird CO<sub>2</sub> von den Abgasen abgeschieden und in unterirdischen Gesteinsschichten gelagert. Durch die Deponierung des CO<sub>2</sub> soll die Nutzung fossiler Brennstoffe umweltverträglicher werden. Dieses bietet sich sowohl bei CO<sub>2</sub>-intensiver Industrie, als auch bei auf fossilen Brennstoffen basierenden Kraftwerken an. Offen bleibt die Frage nach der langfristigen Nutzung dieser Technologie. Noch ist die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung nicht ausgereift und es kann nicht abschließend festgestellt werden, ob sie überhaupt lohnend ist. Untersuchungen sprechen von einer Nutzungsmöglichkeit in 10 bis 20 Jahren. Bedenkt man dabei, dass Kohlekraftwerke auch ein Auslaufmodell sind, wird die Sinnhaftigkeit der Nutzung von CCS fragwürdig. Die CCS-Technologie führt nach dem momentanen Stand der Technik zu einem Effizienzverlust der Kraftwerke. Dadurch wird der Ressourcenverbrauch erhöht. Ebenso bleibt zu klären, inwiefern die Abfallprodukte, die bei der Abspaltung von CO<sub>2</sub> entstehen, sich auf die Umwelt auswirken. So besteht dem Geologen Ralf Krupp zu Folge die Gefahr einer Versalzung des Trinkwassers, wenn Salzwasser, in Folge der Verpressung von CO<sub>2</sub>, aus tieferen Schichten nach oben steigt. Die propagierte Umweltfreundlichkeit von CCS ist daher noch nicht abschließend geklärt. Auch ist die Speicherung von CO<sub>2</sub> nicht ganz ungefährlich. Gelangt es wieder an die Oberfläche, droht den dort be-

findlichen Lebewesen der Erstickungstod durch das geruchlose Gas. Eine unterirdische Lagerung kann dieses Risiko nicht ausschließen, da ein solches Entweichen auch nach 100 Jahren eintreten kann. In einem solchen Zeitraum sind Änderungen des Erdreichs möglich, so dass Risse in den Gesteinsschichten entstehen können. Bei einem Wiederzu-Tage-Treten des abgelagerten CO<sub>2</sub> hätte man außerdem die Emission nur verschoben und somit das Problem lediglich verlagert und nicht gelöst. Abgesehen von den Risiken für den Menschen, kann auch nur eine begrenzte Menge an CO<sub>2</sub> im Boden gespeichert werden. In Deutschland hätte die Speicherung von CO<sub>2</sub> nach Schätzungen des Wuppertaler Instituts für Klima damit voraussichtlich nur eine Laufzeit zwischen 12 und 25 Jahren, bis die Speicherressourcen ausgeschöpft wären. Hinzu kommen noch die langfristigen Kosten, da der Status der Lagerstätten für die nächsten 1000 Jahre überwacht werden müsste. Diese Kosten wären dann letzten Endes vom Steuerzahler zu tragen. Die Kritik an dem Gesetzesentwurf zur Speicherung von CO<sub>2</sub> kommt von vielen Seiten. So beklagt der Bundesverband Geothermie, dass der Entwurf eine Gefährdung für den Ausbau von Geothermie darstelle. Untersuchungs-genehmigungen für CCS könnten so eine geothermische Nutzung behindern, da eine gleichzeitige Nutzung sich ausschließt. Nicht nur der Bundesverband kritisiert die Entscheidung der Bundesregierung. Auch NABU und BUND fordern, dass zunächst die Wirtschaftlichkeit der Technologie überprüft werden müsse. Die Machbarkeit sowie Wirtschaftlichkeit müsse zunächst in einem kleinen Rahmen erprobt werden. Nur, je länger der Einsatz von CSS verzögert wird, desto geringer wird auch der Nutzen als Brückenfunktion. Das Wuppertaler Institut für Klima machte schon 2010 deutlich, dass eine „großtechnische Verfügbarkeit nicht vor 2025 zu erwarten“ sei. Durch einen breiten Ausbau von erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung wäre dann die Nachfrage nach CSS-Technologien nur begrenzt. Die Investitionen in eine Technologie, von der nicht einmal klar ist, ob sie auch tatsächlich funktioniert und deren Wirtschaftlichkeit fragwürdig ist, muss vor dem Hintergrund der Dringlichkeit, neue Energieversorgungssysteme aufzubauen, in Frage gestellt werden. Vielmehr wäre eine Verstärkung der Maßnahmen im Bereich der dezentralen Energieerzeugung durch die Regierung sinnvoll. Kernkraftwerke wie auch Kohlekraftwerke werden in der Zukunft der Energieversorgung keine Rolle mehr spielen. Daher ist die Investition in CCS eine Investition in eine schon jetzt überholte Technologie, die nötige Mittel für einen Ausbau von erneuerbaren Energien bindet. (rcm)

## Energie und Markt

### Mehr Arbeitsplätze durch erneuerbare Energien

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und in Sachsen-Anhalt zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik sich für erneuerbare Energien ausgesprochen haben. Die Menschen in Deutschland stehen hinter der Zielsetzung der Bundesregierung, ganz auf eine nachhaltige Energieversorgung mit erneuerbaren Energien umzusteigen. Eine konsequente Umgestaltung der Energieversorgung bedeutet jedoch auch viele Veränderungen. Dazu gehört neben der Errichtung von weiteren Windkraft-, Photovoltaik-, Biogas- und Geothermie-Anlagen auch ein entsprechender Stromnetzausbau. Ohne dies ist eine vollständige Versorgung durch erneuerbare Energien bis 2020 nicht möglich.

Es liegt nun an der Entscheidungsfreudigkeit und Konsequenz der Bundesregierung, den Ausbau der Energieversorgung aus erneuerbaren Energien im Strombereich als Ersatz für die Atomkraft verstärkt voranzutreiben und weitere Arbeitsplätze zu schaffen.

Auch aus wirtschaftlicher Perspektive spricht alles für einen Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Beschäftigung in diesem Bereich steigt seit einigen Jahren kontinuierlich. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) geht für das Jahr 2010 von rund 367.400 Beschäftigten aus. Diese sind in den Bereichen der Herstellung von Anlagen, zur Nutzung von erneuerbaren Energien sowie in Betrieben und im Export tätig. Laut BMU ist dies ein Plus von acht Prozent gegenüber dem Jahr 2009. Die Tendenz zeigt auch weiterhin eindeutig nach oben. Im Vergleich zum Jahr 2004 hat sich die Zahl der Beschäftigten sogar mehr als verdoppelt. Von dieser Entwicklung profitieren vor allem kleine und mittelständische Unternehmen sowie klassische Handels- und Industriebetriebe. (vh)

### CO2-freie Energiegewinnung durch Geothermie

Auch wenn Befürworter der Kernkraft weiterhin mit Prognosen aufwarten, nach denen es sich scheinbar als nicht machbar erweist, vollkommen auf Kernenergie zu verzichten, stehen die Sterne im Zeichen einer vollständigen Abkehr der Energiegewinnung durch Kernkraft.

Die Stadtwerke Munster-Bispingen in Niedersachsen machen es mit ihrem großen Geothermie-Projekt nun ebenfalls vor. Erdwärmekraftwerke produzieren CO2-freie Wärme und Strom und stellen damit eine effiziente Alternative zur Kernkraft dar. Dabei greifen die Betreiber auf natürliche Ressourcen der Erde und Energie aus dem Erdboden zurück. Dieses Projekt wird das erste große kommerzielle Geother-



mie-Vorhaben in Norddeutschland. Seit Mitte 2008 befindet sich das Geothermie-Projekt in Munster-Bispingen in Planung. Nun zeigen Ergebnisse der Machbarkeitsstudie, dass das Erdwärme-Kraftwerk sowohl aus technischer als auch aus wirtschaftlicher Sicht Erfolg verspricht. Nachdem die Betreiber vorhaben, in der ersten Hälfte des Jahres 2012 eine der zwei Bohrungen durchzuführen, könnte die Anlage Anfang 2013 den Betrieb aufnehmen.

Auch im niedersächsischen Landtag stellt Geothermie ein wichtiges und aktuelles Thema im Zuge der Energie-debatte dar. Die Landtagsfraktionen von CDU und FDP brachten erst kürzlich einen entsprechenden Antrag ein. Das Norddeutsche Becken bringt ein enormes Potenzial für die Erdwärmegewinnung mit, außerdem fallen Kosten bei Geothermie-Projekten lediglich bei der Erschließung an. Die Erdwärme an sich kostet nichts und ist zudem unabhängig von der Witterung, Jahres- oder Tageszeit unbegrenzt verfügbar. Laut Bernd Reichelt, Geschäftsführer der Stadtwerke Munster-Bispingen, stellt Tiefe Geothermie einen lohnenswerten Baustein im Produktportfolio von Energieversorgungsunternehmen dar, der zeigt, dass Energiegewinnung nicht mit hohen CO2-Emissionen verbunden sein muss. Das Geothermie-Projekt in Munster-Bispingen zeigt, dass Kohle- und Gaskraftwerke auf keinen Fall als einzige grundlastfähige Alternative zur Kernkraft in Betracht gezogen werden sollten. (vh)

### Trotz großem Interesse: Ökostrom verunsichert Verbraucher

Die Nachfrage nach Ökostrom steigt. So wuchs die Zahl der Verbraucher, die über Verivox im Zuge eines Stromanbieterwechsels zu einem Ökostromtarif wechselten, im Vergleich zum Vorjahr bereits jetzt im Jahr 2011 um das Doppelte auf 60 Prozent.

Verbraucher, die sich für einen Ökostromtarif entscheiden, sollten das Kleingedruckte immer genauestens beachten. Bereits bei der Unterscheidung von Ökostromzertifikaten und Gütesiegeln treten häufig Unklarheiten auf, da allgemeine Richtlinien für Ökostromprodukte fehlen. Ökostromzertifikate sagen wenig über die Qualität des Ökostromtarifes aus. Vielmehr garantieren sie die jeweilige Herkunft und Zusammensetzung des Stroms und geben verbindlich die Stromquelle an. Gütesiegel hingegen geben dem Verbraucher Auskunft über die Qualität

## Energie und Markt

des Produktes. Zudem werden diese in den meisten Fällen unter der Voraussetzung verteilt, dass der Anbieter einen bestimmten Anteil der Einnahmen dem Bau neuer Anlagen für erneuerbare Energien zukommen lässt und die regenerative Stromerzeugung somit unterstützt. Allerdings weisen auch die verschiedenen Gütesiegel Unterschiede auf. So beinhalten sie in der Regel unterschiedliche Auflagen. Mindestens ein TÜV-Zertifikat sollten Ökostromtarife aufweisen. Die strengsten Anforderungen erheben die Gütesiegel „Grüner Strom Label“ und „ok Power“. Welche Unterschiede es genau gibt, kann der Verbraucher etwa auf der Website des Verbraucherportals Verivox nachlesen.

(vh)

### RWE bietet Kunden Strom-Preisgarantie an

Mit den Produkten „RWE Strom 36max“ und „RWE Strom 24max“ geht die RWE Vertrieb AG, Dortmund, mit einem neuen Marketing-Konzept auf ihre Kunden zu. Laut internen Erhebungen der RWE steigt der Bedarf von günstigen Angeboten im Energiebereich unter anderem durch die gestiegenen Börsenpreise in Verbindung mit der Atom-Katastrophe in Japan. Mit den neuen Tarifen will der Konzern auf die erhöhte Nachfrage nach langfristigen und konstanten Stromprodukten reagieren.

Die beiden Strompakete bieten ihren Abnehmern im Grundversorgungsgebiet eine bis zu dreijährige Preisgarantie. Diese umfasst allerdings nur die Erzeugung und Beschaffung sowie Übertragung und Verteilung in die Netze und in den Vertrieb, wobei Netzentgelte und Beschaffungskosten zusammen rund 60 Prozent des Strompreises für Haushaltskunden ausmachen. RWE weist ausdrücklich darauf hin, dass Einflüsse, die auf Entscheidungen des Staates zurückzuführen und von RWE nicht beeinflussbar sind, von

der Preisgarantie ausgenommen sind. Darunter etwa Umsatz- und Stromsteueränderungen und Modifikationen der Erneuerbare-Energien-Gesetz-Umlage.

Im Vergleich zum Grundversorgungstarif zahlt der Abnehmer sogar 0,2 Cent weniger pro Kilowattstunde, so verspricht es RWE. Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz jedoch warnt vor dem Abschluss eines RWE-Stromlieferungsvertrags „Strom 36max“ und „Strom 24max“. Demnach lagen die Preise der beiden RWE-Angebote bei einem Mitte Mai 2010 vorgenommenen Vergleich aber um rund 15 Prozent über denen anderer, konventioneller Stromangebote. Die Verbraucherzentrale weist darauf hin, dass Kunden eine Kündigungsfrist von einem Jahr eingehen und ggf. nicht mehr zu günstigeren Anbietern wechseln können. Wobei die Kundenbindung, d.h. die eingeschränkte Kündigungs- und Wechselmöglichkeit der Kunden, für die Anbieterseite ein geldwerter Vorteil ist.

Für Verbraucher ist bis Ende 2011 mit einem Anstieg der Strompreise zu rechnen. Neben den Kosten für die EEG-Umlage könnten auch Steueranhebungen nicht ausgeschlossen werden, die mit den Schuldenproblemen im Zusammenhang mit der Finanzkrise stattfinden können. Genau in solchen Fällen schützen die Tarife „RWE 36max“ sowie „RWE 24max“ die Verbraucher vor einer entsprechenden Anpassung des Strompreises nicht. Abgesehen davon, dass die Verbraucherzentrale solche Passagen, wie RWE sie sich vorbehält, für unwirksam hält, könnte sich der Stromanbieter in erster Instanz auf diese Klausel beziehen. Langfristige Vorteile ergeben sich also vermutlich erst, wenn die Angebote konkurrierender Unternehmen den Preisunterschied, den RWE verspricht, deutlich überschreiten. Jeder, der mit dem Gedanken spielt, seinen Stromtarif zu ändern, sollte mit höchster Achtsamkeit an die Sache herangehen und sich zuerst gründlich informieren. (vh)

## Impressum

**Chefredakteurin:** Dipl.-Pol. Christine Döbler (V.i.S.d.P.)

**Design Layout:** Dipl.-Des. Henrika Prochnow

**Autoren:** Christine Döbler (cd), Vanessa Hölter (vh), Robert-Christopher Müller (rcm), Florian Engelke (fe), Sebastian Hadamitzky (sh); Bildnachweise: Foto Titelbild: fotolia

**Herausgeber:** Doeblner | Public Relations  
Agentur für Kommunikation und Politik  
Inhaberin Christine Döbler

Gormannstraße 14 | 10119 Berlin

Telefon: ++49(0) 30 6220 4690 | Fax: ++49(0) 30 920 3722 05

E-Mail: cd@doebler-pr.de | Internet: www.doebler-pr.de

**DOEBLER PR**  
BERLIN

### Haftungshinweis:

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

### Hinweise für Autoren:

Ihre Fachartikel und Kommentare nimmt die Redaktion gerne entgegen. Senden Sie hierzu eine Email an cd@doebler-pr.de. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Steuernummer: 34/263/55185

USt-IdNr.: DE264534288

## Die aktuelle Studie

### Vier Milliarden Euro Investitionen in Fertigungskapazitäten

Die Branche der erneuerbaren Energien in Deutschland investiert in diesem Jahr über vier Milliarden Euro in neue Produktionskapazitäten und Fertigungsanlagen. So lautet das Kernergebnis der aktuellen Studie des Forschungsinstituts EuPD Research, welche gemeinsam mit dem Wuppertal Institut und dem Deutschen CleanTech Institut im Auftrag des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE), der Agentur für Erneuerbare Energien und der Hannover Messe durchgeführt wurde. Für Forschung und Entwicklung kommen rund 1,5 Milliarden Euro hinzu und bis 2014 erwarten Experten eine steigende Tendenz bis hin zu insgesamt 6,2 Milliarden Euro an Investitionen pro Jahr. Im Rahmen der Studie wurden 1784 Hersteller, Zulieferer und Distributoren befragt. Insgesamt konnte eine Rücklaufquote von 17 Prozent verzeichnet werden. Die Stromsparte machte dabei circa 70 Prozent aus.

Die Studie schloss ihre Befragung bereits am 4. März dieses Jahres ab, also noch vor der Atom-Katastrophe in Japan am 11. März. Die positiven Ergebnisse spiegeln demzufolge nicht nur eine momentane Reaktion der Unternehmen auf das Ereignis in Japan wider, vielmehr zeigt sich hierbei die positive Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland. Für die Unternehmen gilt Deutschland weiterhin als wichtigster Standort. Laut Studie gehen zwei Drittel ihrer Investitionen an Fertigungsanlagen sowie Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik. Neben der Technik und der notwendigen Kenntnis der erneuerbaren Energien, die die Branche für einen zügigen Ausstieg aus der Kernenergie liefert, steht auch der wirtschaftliche Vorteil für den Standort Deutschland weit oben. Im weltweiten Wettbewerb überzeugt Deutschland im Bereich der regenerativen Energien.

Mit Blick auf die Zukunft erwarten rund 80 Prozent der befragten Unternehmen steigende Umsätze für die kommenden drei Jahre. Gleichzeitig rechnen sie mit steigenden Mitarbeiterzahlen – damit käme die positive Entwicklung der erneuerbaren Energien auch dem deutschen Arbeitsmarkt zugute.

Laut Studie gilt es jetzt vor allem, noch bestehende Hemmnisse, wie Genehmigungsfragen, abzubauen. Dann könnten die erneuerbaren Energien im Jahr 2020 die bisherigen konventionellen Energien tatsächlich vollständig ablösen. (vh)



### Windstrom deutlich ergiebiger als Kernkraft

Eine aktuelle Studie des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) im Auftrag des Bundesverbands WindEnergie e.V. (BWE) zeigt, dass der Strom aus Onshore-Windanlagen bis zu 65 Prozent des deutschen Strombedarfs decken kann. Dabei geht die Untersuchung von einem Jahresstromverbrauch von etwa 600 Terawattstunden aus. Zwei Prozent nutzbarer Fläche der Bundesrepublik Deutschland reichen bei einer installierten Leistung von 198 Gigawatt aus, um auf einen Ertrag von 390 Terawattstunden zu kommen - bei dem heutigen Stand der Technik. Geht man davon aus, dass die technischen Gegebenheiten sich in den kommenden Jahren noch weiterentwickeln werden, steigt auch die Ergiebigkeit der Windkraft an Land. Die Energie aus Offshore-Anlagen muss hierbei hinzugerechnet werden.

Die Studie zeigt das Potenzial, das in den erneuerbaren Energien steckt und die relative Bedeutungslosigkeit der Kernenergie bei der Stromgewinnung. Laut BWE-Präsident Hermann Albers erzeugten die deutschen Atomkraftwerke im letzten Jahr nur circa 140 Terawattstunden Strom.

Als auffallend erweisen sich die Ergebnisse bei der Verteilung der Potenziale auf die einzelnen Bundesländer. Aus der Studie geht hervor, dass das größte Potenzial Bayern hat, und zwar mit einem Ertrag von 80 Terawattstunden. Jedoch gehört Bayern hinsichtlich der Windenergie zu den am schlechtesten ausgebauten Ländern - ein weiterer Hinweis auf die Notwendigkeit eines bundesweiten Ausbaus von Onshore-Anlagen. Um die Ergebnisse, die aus der Studie des IWES hervorgehen auch tatsächlich in die Realität umsetzen zu können, ist jedoch die Beseitigung bestehender Höhenbeschränkungen für Windkraftanlagen unabdingbar. (vh)

## Energie und Bildung

### Deutsch-Amerikanische Energietage 2011

Unter dem Titel „Global Energy Challenges – Transatlantic Business Opportunities“ veranstalten die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) und die Deutsch-Amerikanischen Handelskammern (AHK USA) diese Konferenz zu erneuerbaren Energien und Systemintegration. Ausgewählte Experten aus den USA und Deutschland geben einen praxisorientierten Überblick über den US-amerikanischen Energiemarkt. Zur Beschreibung der Exportchancen für deutsche Unternehmen im Bereich erneuerbare Energien werden besonders aktuelle politische Rahmenbedingungen diskutiert und wichtige Trends in den USA beleuchtet.

#### 12. bis 13. Mai 2011 - Berlin

Veranstalter: Deutsch-Amerikanische Handelskammer und Deutsche Energieagentur

Link: <http://www.dae-konferenz.de/>

### Berliner Energietage 2011 Energieeffizienz in Deutschland

Die Leitveranstaltung für Energieeffizienz in Deutschland bietet ihren Besuchern 45 Einzelveranstaltungen rund um die Themen Energieeffizienz, Klimaschutz, Gebäudesanierung und Energiewirtschaft. Neben Bundesumwelt- und Bundesbauministerium konnten viele weitere Akteure aus Wirtschaft, Politik, Verbänden und Wissenschaft als Veranstalter des größten deutschen Kongresses im Energiebereich gewonnen werden. Die Berliner Energietage richten sich an Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verbänden sowie an Planer und Consultants aber auch an interessierte Bürger und Bürgerinnen.

#### 18. bis 20. Mai 2011 - Berlin

Veranstalter: Berliner Impulse

Link: <http://www.berliner-energietage.de/>

### Rechtssicherheit für Photovoltaik

Photovoltaik hat in den letzten Jahren einen regelrechten Boom erfahren. Die aktuelle Rechtslage ist jedoch äußerst komplex und wirft viele Fragen hinsichtlich der Planung, Genehmigung, Finanzierung sowie beim Bau, der Netzintegration und schließlich während des Betriebs auf. Das Seminar „Rechtssicherheit für Photovoltaikanlagen“ vermittelt einen aktuellen Überblick über die Rechtslage und richtet sich dabei an alle Branchenteilnehmer. Das aktuelle Programm kann unter der folgenden Adres-

se heruntergeladen werden: [http://www.doebler-pr.de/downloads/Seminar\\_Recht\\_PhotoVoltaik\\_Berlin.pdf](http://www.doebler-pr.de/downloads/Seminar_Recht_PhotoVoltaik_Berlin.pdf)

#### 10. Juni 2011 – Berlin

Veranstalter: Doeblor PR

Link: [www.doebler-pr.de](http://www.doebler-pr.de)

### Neue Trends im Gasmarkt - Chancen und Risiken für die Gasbeschaffung eines Stadtwerks

Der Workshop vermittelt umfangreiches Know-How in Bezug auf neue Liefermodelle, Erdgastransport und Regulierung. Des Weiteren informiert er über die Notwendigkeit eines Risikomanagementsystems und dessen operative Umsetzung. Die Veranstaltung richtet sich an Geschäftsführer, leitende Angestellte und Mitarbeiter von Stadtwerken.

#### 27. bis 28. Juni - Berlin

Veranstalter: Energy Brainpool und novogate

Link: <http://www.energybrainpool.com>

### Energie Dialog 2011

Erneuerbare Energien stehen vor neuen Herausforderungen. Durch das Energiekonzept der Bundesregierung, die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, und durch Vorgaben der Europäischen Union verändern sich die Rahmenbedingungen für Ausbau, Förderung und Investitionen. Unternehmen sowie Kommunen müssen Strategien der Planung, Finanzierung und Umsetzung ihrer Projekte den neuen Bedingungen anpassen um Absatzmöglichkeiten zu finden und wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Was bringen die neuen Regelungen in der Praxis und wo besteht Handlungsbedarf? Welche Auswirkungen hat das Laufzeit-Moratorium für Kernkraftwerke? Diese Fragen diskutieren hochrangige Experten beim Energie Dialog 2011 in Berlin.

#### 26. - 27. September 2011 - Berlin

Veranstalter: Doeblor PR

Link: [www.doebler-pr.de](http://www.doebler-pr.de)



## Energie und Recht

### Biosprit E10 - ADAC zeigt Mineralölkonzerne an

Das Chaos um die Einführung des umstrittenen Biokraftstoffes „E10“ hat juristische Konsequenzen. Der ADAC erstattete Anzeige gegen die großen deutschen Tankstellenbetreiber. Nach Meinung des Automobilverbands „zocken“ die Mineralölkonzerne die Autofahrer mit ihrer Preispolitik ab.

Bei Einführung des neuen Kraftstoffes hatten sich die Tankstellenbetreiber dazu verpflichtet, eine gleichwertige Alternative zum neuen Biokraftstoff anzubieten. Anstatt jedoch herkömmliches Super Benzin mit 95 Oktan zur Verfügung zu stellen, boten die Tankstellen oft nur das deutlich teurere Super-Plus Benzin mit 98 Oktan an. In dieser Praxis sieht der ADAC einen Verstoß gegen geltendes Recht und eine „bewusste Abzocke der Kunden“. Die Tankstellenbetreiber weisen diesen Vorwurf zurück. Ihrer Meinung nach übertrifft Super-Benzin als Alternative die Vorgaben sogar. Denn mit dem Kraftstoff mit 98 Oktan stünde nicht nur eine gleichwertige, sondern eine qualitativ bessere Alternative zur Verfügung.

Mit der Klage möchte der ADAC die Unternehmen dazu bringen, ihre Praxis zu ändern, sagte ein ADAC-Sprecher. Herkömmliches Super-Benzin müsse als Alternative an jeder Tankstelle verfügbar sein. Grundsätzlich unterstützt der Automobilverband die Einführung des Biokraftstoffes jedoch. (sh)

### Bundesgerichtshof entscheidet zugunsten von Fernwärmekunden

Mit seinem Urteil zur Gültigkeit von Verträgen zweier Fernwärmeanbieter stärkt der Bundesgerichtshof die Rechte von Verbrauchern. Diese können in Zukunft gegen un-



verständliche Preisanpassungsklauseln in den Verträgen mit ihrem Versorger vorgehen. Bisher war dies nur dann möglich, wenn dem Anbieter ein „offensichtlicher Abrechnungs- oder Rechenfehler“ nachzuweisen war.

Die Bundesrichter erklärten die Verträge mit den Fernwärmeanbietern in zwei Fällen für ungültig, da die Preispolitik der Versorger nicht transparent, und damit für den Kunden nicht nachvollziehbar gestaltet war. So wurden die Kosten für die Erzeugung der Wärme von den Stadtwerken nicht deutlich dargestellt. Anstatt konkret aufzuführen, auf welche Art die Wärme erzeugt wird und welche Kosten hierfür entstehen, wurde lediglich eine Standardformel zur Kostenberechnung verwendet, welche mit der tatsächlichen Energiegewinnung jedoch nicht übereinstimmte. So wurde in der Berechnung des Preises für die Fernwärme mit dem Preis für leichtes Heizöl gerechnet, obwohl tatsächlich Gas zur Wärmegewinnung verwendet wurde. Das Gericht stellte fest, dass dies unzulässig ist. Grundsätzlich müsse dem Verbraucher die tatsächliche Zusammensetzung der Kosten offengelegt und verständlich vermittelt werden. (sh)

### Ökostromeinspeisung wird neu geregelt

Mit dem „Leitfaden zum EEG-Einspeisemanagement“ regelt die Bundesnetzagentur die Einspeisung von Ökostrom neu. Strom aus erneuerbaren Energien soll künftig stärker als bisher berücksichtigt werden. Die gängige Praxis, bei Kapazitätsengpässen im Stromnetz zuerst regenerative Energiequellen vom Netz zu nehmen, soll damit verändert werden.

„Es macht keinen großen Sinn, die erneuerbaren Energien mit erheblichen Beiträgen zu fördern und anschließend immer häufiger vom Netz abzuschalten, weil keine ausreichenden Transportkapazitäten vorhanden sind“, erklärte Matthias Kurth, Chef der Bundesnetzagentur.

Zukünftig sollen im Fall von Netzengpässen die Leistungen der konventionellen Kraftwerke auf das Minimum reduziert werden, bevor die Einspeisung erneuerbaren Stroms zurückgefahren wird. Durch die neue Richtlinie soll der Ausbau erneuerbarer Energien weiter gestärkt werden. (sh)



## Literatur

### Wasserstoff für alle: Wie wir der Öl- Klima- und Kostenfalle entkommen

Von Karl-Heinz Tetzlaff

Umweltfreundliche, günstige und technisch einfache Energieerzeugung? Karl-Heinz Tetzlaff beschreibt Wasserstoff als Lösung der Energie- und Klimafrage. Denn Wasserstoff ist ausreichend in Europa vorhanden, er muss lediglich an die Kunden gebracht werden. Allein das Potenzial der Biomasse würde theoretisch ausreichen, die fossilen Energien sowie die Kernenergie vollständig zu ersetzen. Mit Hilfe von Brennstoffzellen erfolgt vor Ort beim Endverbraucher die Umwandlung von Wasserstoff in Strom und Wärme. Auch die Automobilindustrie könnte von diesem Verfahren profitieren, indem sie Fahrzeuge ausschließlich auf Brennstoffzellenfahrzeuge mit Wassertanks umstellt. Eine schöne Vorstellung – beinahe zu schön, um wahr zu sein. Eine Abkehr von der Kernenergie zu einer Versorgung ausschließlich durch erneuerbare Energien sollte in diesen Zeiten die größte Priorität der Klima- und Umweltpolitik darstellen. Dabei spielt die Dezentralisierung der Energieversorgung eine Hauptrolle.

Dieses Buch liest sich auch für den Laien sehr spannend. Experten bietet die Lektüre einen technischen Anhang. Der Leser erkennt die Vorzüge und Chancen der Wasserstoffwirtschaft und gleichzeitig die Schwierigkeiten ihrer Umsetzung. Noch immer spielt der Lobbyismus der großen Energiekonzerne sein eigenes Spiel und lässt die Politik hilflos daneben stehen. Obwohl zahlreiche weitere Möglichkeiten der atomfreien Energiegewinnung hier außer Acht gelassen werden, ist dieses Werk „Wasserstoff für alle: Wie wir der Öl- Klima- und Kostenfalle entkommen“ von Karl-Heinz Tetzlaff lesenswert und jedem zu empfehlen, der sich für diese Thematik interessiert. (vh)

Verlag: Books on Demand GmbH  
Norderstedt 2011, 512 Seiten, 47,00 Euro  
ISBN: 978-3-8370-6116-7

### Zukunft 2050: Wie wir schon heute die Zukunft erfinden

Von Ulrich Eberl

Das Leben auf der Erde verändert sich zusehends, die Bevölkerung wächst und kämpft gegen den Klimawandel und die Rohstoffe verknappen. Gerade in diesen Zeiten ist eine Wende der Energieversorgung eine der größten Herausforderungen der Menschheit. 2050 stellt aus der Sicht von

Entscheidungsträgern ein wichtiges Jahr dar.

Zahlreiche Bücher befassten sich früher schon mit dem Vorhersagen der Zukunft, etwa in den 60er Jahren bezogen auf das Jahr 2000. Viel hat sich nicht bewahrheitet. So sind wir weder von Robotern im Haushalt umgeben, noch übernehmen elektronische Assistenzärzte den Dienst im Krankenhaus.

Anschaulich beschreibt der Wissenschaftsautor und Industriephysiker Ulrich Eberl die aktuellen Trends, die sich entscheidend auf die nächsten Jahrzehnte und damit auf die gesamte Menschheit auswirken werden. Dabei setzt er sein technisches und wirtschaftliches Wissen geschickt ein. Der Autor beleuchtet eine Vielzahl von gesellschaftlich relevanten Themen – von der Bevölkerungsexplosion, über die globale Ernährungssicherung, bis hin zum Klimawandel und viele mehr. Er scheut sich davor, dem Leser eine Patentlösung oder exakte Beschreibung der Zukunft zu unterbreiten, nach der dieser sein Leben zu gestalten hat. Vielmehr zeigt der Verfasser, dass eine genaue Beschreibung der Zukunft nahezu unmöglich ist. Jedoch gilt dem Leser die Aufforderung, dass der Mensch durchaus seinen Beitrag insofern leisten kann, dass er an der Mitgestaltung der Zukunft aktiv teilnimmt. Die Frage, ob man die Zukunft also tatsächlich „erfinden“ kann, lässt sich von diesem Standpunkt aus bejahen. Der Wissenschaftsjournalist zeigt zudem einen Überblick, welche Technologien da sind, mit denen wir auf Herausforderungen der Zukunft reagieren können. Dabei verschafft er dem Leser einen Überblick über Projekte und technische Neuheiten, die sich bereits in der Realisierungsphase befinden. Neben Innovationen für die Umwelt steht auch das Thema Gesundheit auf der Agenda.

Die Menschen müssen Prioritäten setzen – davon hängt die weitere Entwicklung unseres Planeten ganz wesentlich ab. Dieses Buch als „Jugend-Sachbuch“ einzugrenzen, ist mit Sicherheit zu kurz gegriffen. Es ist so anschaulich und fassbar geschrieben, dass es zwar von der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendarbeit e.V. empfohlen wird, lesenswert ist es aber gewiss für jede Generation. (vh)

Verlag: Beltz & Gelberg  
Weinheim 2011, 240 Seiten, 17,95 Euro  
ISBN: 978-3-407-75352-6